

# Inhaltsverzeichnis

Kapitel	Zielsetzung und Motive	15
A.	Probleme der Bindung aller Sportler an einheitliche Anti-Doping-Bestimmungen	16
I.	Herstellung einer Bindungswirkung durch Begründung einer Mitgliedschaft der Sportler im Verband	17
II.	Herstellung einer Bindungswirkung durch satzungsmäßige Verweisungen	20
1.	Verwendung statischer Verweisungen in Verbandssatzungen	20
2.	Verwendung dynamischer Verweisungen in Verbandssatzungen	22
3.	Herstellung einer Bindungswirkung durch rechtsgeschäftliche Vereinbarungen	25
a)	Anwendbarkeit der §§305 ff. BGB (AGB-Kontrolle)?	26
b)	Zulässigkeit der Aufnahme dynamischer Verweise in rechtsgeschäftliche Vereinbarungen	30
c)	Rechtspraktische Probleme im Zusammenhang mit dem Abschluss von „Regelanerkennungsverträgen“	33
III.	Zusammenfassung	35
B.	Problem des Fehlens einer abschließenden Sportgerichtsbarkeit	35
I.	Streitbeilegung durch die Verbandsgerichtsbarkeit	35
II.	Streitbeilegung durch Schiedsgerichte	37
1.	Satzungsmäßige Verankerung der Zuständigkeit einer Schiedsgerichtsbarkeit	38
2.	Individualvertragliche Begründung der Zuständigkeit eines Sportschiedsgerichts	40
a)	Der Arbeitnehmerschutz des Sportlers	41
b)	Der Verbraucherschutz des Sportlers	43
c)	Der Schutz des Sportlers nach allgemeinen Vorschriften	44
III.	Zusammenfassung	46
C.	Bestehende Haftungsrisiken für die Verbände	46
Kapitel	Rechts vergleichender Teil: Die Existenz öffentlich-rechtlicher Strukturen in ausländischen Sportrechtsordnungen	50
A.	Einleitung und Ziel	50
B.	Die Gesetzgebung gegen Doping im Ausland	51

I.	Gesetzgebung gegen Doping in Frankreich	51
1.	Bestehen eines Sondervereinsrechts für Sportverbände	51
2.	Bindung der Sportler an die Verbandsregeln und Inpflichtnahme der Disziplinargewalt der Sportverbände	53
3.	Strafrechtliche Sanktionierung des Dopings	56
4.	Aktuelle Entwicklungen	57
a)	Gründung der Agence française de lutte contre le dopage	5
b)	Änderung der Kontrollbefugnis im Rahmen internationaler Wettkämpfe	58
c)	Sonstige Änderungen	59
II.	Gesetzgebung gegen Doping in Irland	60
1.	Organisation und rechtliche Grundlagen der Dopingbekämpfung	60
2.	Strafgesetzgebung gegen Doping	62
III.	Gesetzgebung gegen Doping in Australien	63
1.	Organisation und rechtliche Grundlagen der Dopingbekämpfung	63
a)	Die Australian Sports Drug Agency (ASDA)	64
b)	Die Australian Sports Commission (ASC)	67
2.	Bestehen einer australischen Sportschiedsgerichtsbarkeit	68
3.	Strafrechtliche Sanktionierung des Dopings	69
IV.	Dopinggesetzgebung in der Schweiz	71
1.	Organisation und rechtliche Grundlagen der Dopingbekämpfung	71
2.	Strafgesetzgebung gegen Doping	74
C.	Zusammenfassung und Ergebnis	75
Kapitel                   Der Verfassungsstatus des Sports als Ausgangspunkt		79
A.	Die Stellung des Sports im Grundgesetz	79
B.	Schutz der individuellen Sportausübung	79
I.	Schutz der allgemeinen Handlungsfreiheit der Sportler durch Art. 21 GG	79
II.	Schutz der Berufsausübungsfreiheit der Leistungssportler durch Art. 12 GG	80
1.	Umfang des durch Art. 121 GG vermittelten Schutzes	80
a)	Profisportler	81
b)	Amateursportler	82
2.	Konsequenzen für die Definition des Adressatenkreises gesetzlicher Regelungen	83
a)	Abgrenzung anhand des Begriffs des Berufssportlers	84
b)	Abgrenzung anhand der Unterscheidung Breiten-/Leistungssportler	85
c)	Weitere mögliche Abgrenzungskriterien	88
3.	Zusammenfassung und Ergebnis	90

C.	Schutz der gemeinschaftlichen Sportausübung und der Autonomie des Sports durch Art. 9 I GG	90
D.	Das Subsidiaritätsprinzip im Verhältnis von Sport und staatlichem Handeln	91
	I. Ausgangsbefund	91
	II. Kritik an einem spezifisch sportrechtlichen Subsidiaritätsprinzip	92
E.	Zusammenfassung	94

Kapitel	Untersuchungsschwerpunkt: Zulässigkeit der Errichtung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts für Leistungssportler	96
---------	--	----

A.	Die Voraussetzungen zur Gründung einer „Leistungssportlichen Bundesvereinigung“ im Einzelnen	96
	I. Gründung durch staatlichen Hoheitsakt	96
	II. Bundeskompetenzen zur Errichtung von Körperschaften des öffentlichen Rechts	97
	1. Geschriebene Gesetzgebungskompetenzen im Bereich Sport	98
	a) Kompetenz des Bundes aus Art. 74 I Nr. 19 GG	98
	b) Kompetenz des Bundes aus Art. 74 I Nr. 11 GG	99
	2. Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen im Bereich Sport	102
	III. Die Erfüllung legitimer öffentlicher Aufgaben	104
	1. Die Zuweisung staatlicher oder öffentlicher Aufgaben als Grundvoraussetzung	104
	2. Zum Verständnis und der Verwendung der Begriffe „staatliche“ und „öffentliche“ Aufgaben	106
	a) Der Begriff der öffentlichen Aufgabe	106
	b) Der Begriff der staatlichen Aufgabe	109
	3. Der Sport als öffentliche Aufgabe	109
	a) Die Sportförderung als Öffentliche Aufgabe	110
	b) Die Interessenvertretung der Leistungssportler als öffentliche Aufgabe	111
	c) Der Kampf gegen das Doping als öffentliche Aufgabe	112
	aa) Aktueller Meinungsstand	112
	bb) Schutz der Menschenwürde	113
	cc) Schutz der Gesundheit der Leistungssportler	116
	dd) Lauterkeit des Wettbewerbs als Schutzgut	118
	ee) Sportethische Werte als Schutzgut	122
	ff) Bisherige Aktivitäten der Bundes- und Landesgesetzgeber	126
	gg) Abkommen des Europarates gegen Doping	126
	hh) Änderung des Arzneimittelgesetzes	127
	ii) Der Aufbau und die Finanzierung der NADA	127
	jj) Folgerungen in Bezug auf die Gründung einer leistungssportlichen Bundesvereinigung	128

kk) Gemeinwohlbezug der Sportförderung	129
ll) Gemeinwohlbezüge des Kampfes gegen Doping im Leistungssport	129
mm) Schutz der Zuschauerinteressen als Belang des Gemeinwohls	131
nn) Vermögensschutz als Belang des Allgemeinwohls	132
oo) Gemeinwohlbezüge des Gesundheitsschutzes	134
pp) Gemeinwohlbezüge des Jugendschutzes	135
qq) Gewährleistung von Chancengleichheit als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips	136
d) Der Kampf gegen Doping als staatliche Aufgabe	138
B. Inkurs: Der Landessportverband des Saarlandes als Körperschaft des Öffentlichen Rechts	139
I. Der historische Hintergrund der Sportpolitik an der Saar	139
1. Die Sportpolitik von 1946-1953	139
2. Die Sportpolitik nach 1953	140
II. Die Organisation und Aufgabensetzung des LSVS	142
III. Die Verfassungsrechtliche Zulässigkeit der Einrichtung des LSVS als Körperschaft des öffentlichen Rechts	143
1. Problemaufriss	143
2. Begriff und Merkmale einer Körperschaft des öffentlichen Rechts	144
a) Gründungsakt, Rechtsfähigkeit, mitgliedschaftliche Organisation und Staatsaufsicht	144
b) Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben durch den LSVS	144
c) Die Notwendigkeit der Anwendung von Hoheitsgewalt zur Aufgabenwahrnehmung	145
IV. Zusammenfassung und Ergebnis	147
C. Die Verhältnismäßigkeit der Errichtung einer Körperschaft für Leistungssportler mit Pflichtmitgliedschaft	147
L Prüfungsmaßstab und Prüfungsumfang	148
1. Art 9 IGG als Prüfungsmaßstab	148
a) Kein Grundrechtsschutz vor öffentlich-rechtlichen Verbänden durch Art 91 GG	148
b) Schutz des Prinzips freier Verbandsbildung durch Art. 9 I GG	152
2. Art. 2 I GG als Prüfungsmaßstab	154
II. Eingriff in Art. 2 I GG durch Anordnung einer Pflichtmitgliedschaft	154
1. Voraussetzungen einer verfassungsrechtlichen Rechtfertigung der Pflichtmitgliedschaft	155
2. Die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	156
a) Geeignetheit	156
b) Erforderlichkeit der Einführung einer Zwangsmitgliedschaft	158
aa) Erforderlichkeit des Mittels zur Zweckerreichung	158



C. Materiell-rechtliche Anforderungen hinsichtlich der Errichtung besonderer Berufsgerichte	211
D. Gewährleistung eines Instanzenzuges zum Court of Arbitration for Sport („CAS“)	212
E. Möglichkeiten der Errichtung von Schiedsgerichten durch öffentlich-rechtliche Körperschaften	216
F. Zusammenfassung und Stellungnahme	216
 Literaturverzeichnis	218